

AMTSBLATT

für den Landkreis Harburg

50. Jahrgang	Ausgegeben in Winsen (Luhe)	am 15.10.2021	Nr. 42 a
Bekannt- machung vom	Inhalt		Seite
	<u>Landkreis Harburg</u>		
14.10.2021	Tierseuchenrechtliche Allgemeinverfügung zur Einrichtung eines Sperr- und Überwachungsgebietes aufgrund des Ausbruches der Fischseuche Infektiöse hämatopoetische Nekrose (IHN)		1211

Bitte beachten Sie:

Diese Ausgabe des Amtsblattes finden Sie auch im Internet auf folgender Internetseite:
<http://www.landkreis-harburg.de/bekanntmachungen>

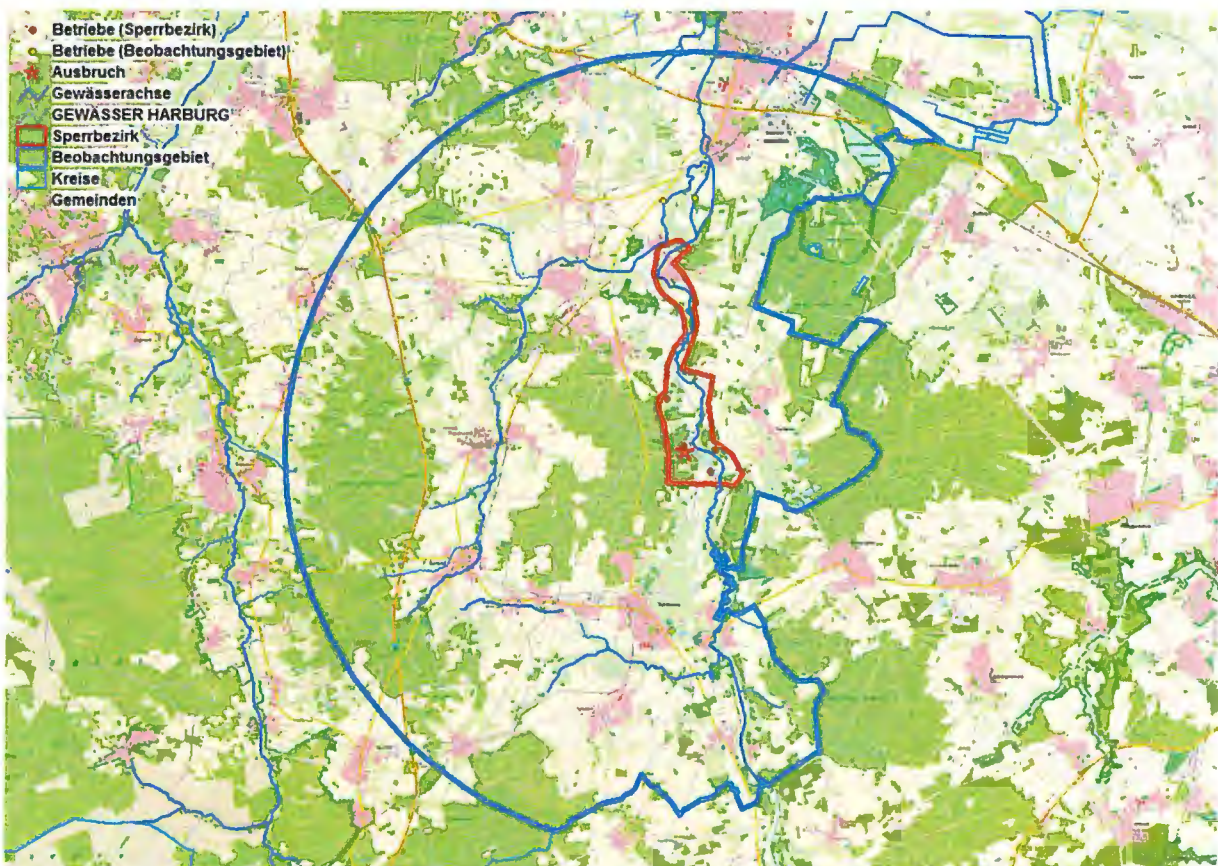
**Tierseuchenrechtliche Allgemeinverfügung zur
Einrichtung eines Sperr- und Überwachungsgebietes aufgrund des Ausbruches der
Fischseuche Infektiöse hämatopoetische Nekrose (IHN)**

Aufgrund des amtlich bestätigten Ausbruches der infektiösen hämatopoetischen Nekrose (IHN) in einem Aquakulturbetrieb in Vierhöfen ordne ich Folgendes an:

Für die Luhe und im weiteren Verlauf den Luhekanal wird ein Sperrbezirk (Sperrgebiet) beginnend südlich Gut Schnede in Fließrichtung verlaufend durch die Ortschaft Bahlburg bis zu dem Punkt, wo die Luhe die Burgstraße schneidet, eingerichtet.

Es wird darüber hinaus ein Überwachungsgebiet (Beobachtungsgebiet) eingerichtet. Dieses beginnt östlich der Ortschaft Vierhöfen und verläuft entlang der Landkreisgrenze zum Landkreis Lüneburg, im Weiteren zwischen den Ortschaften Egestorf und Lübberstedt, durch die Ortschaften Quarrendorf und Brackel und im Weiteren durch die Ortschaften Scharmbeck und Borstel.

Über die Gewässerflächen hinaus erstrecken sich die Gebiete auf die jeweils angrenzenden Land- und Gewässerflächen (z.B. Teichanlagen) innerhalb der in der untenstehenden Karte eingezeichneten Bereiche:



Nach § 24 Abs. 3 Tiergesundheitsgesetz (TierGesG) ordne ich an, dass alle Fischhalter in dem o.g. Sperr- und Überwachungsgebiet unverzüglich Ihre Fischhaltungen bei der Abteilung Ordnung und Verbraucherschutz des Landkreises Harburg anzuzeigen haben, sofern diese nach §§ 3 oder 6 Fischseuchenverordnung (FischSeuchV) genehmigungs- oder registrierungspflichtig sind.

Nach § 21 Abs. 1 Satz 2 FischSeuchV sind die in dem Sperrgebiet gelegenen Betriebe nach näherer Anweisung der zuständigen Behörde auf die Seuche (hier IHN) zu untersuchen und unterliegen der behördlichen Beobachtung. Die Verbringung von Fischen aus dem o.g. Sperrgebiet bedarf der Genehmigung durch die zuständige Behörde, § 21 Abs. 1 Satz 3 FischSeuchV.

Die zuständige Behörde kann in dem Überwachungsgebiet über die Untersuchungen nach § 7 Abs. 1 FischSeuchV hinaus zusätzliche Untersuchungen durchführen, § 21 Abs. 2 Satz 2 FischSeuchV.

Die sofortige Vollziehung dieser Maßnahme ordne ich im öffentlichen Interesse an.

Diese Allgemeinverfügung tritt am Tag nach Ihrer Veröffentlichung in Kraft und gilt bis zu ihrer Aufhebung.

Begründung:

Diese Verfügung basiert auf § 27 FischSeuchV in Verbindung mit § 24 Abs. 3 TierGesG. Die zuständige Behörde legt in Abhängigkeit von der Übertragbarkeit der Seuche sowie den geographischen Gegebenheiten, insbesondere des Wassereinzugsgebietes, ein Gebiet, das für die Vermeidung der Verschleppung der nicht exotischen Seuche angemessen groß ist, um den betroffenen Aquakulturbetrieb als Sperrgebiet und außerhalb des Sperrgebietes als Überwachungsgebiet fest, wenn der Ausbruch einer nicht exotischen Seuche in einem Aquakulturbetrieb amtlich festgestellt wurde (§ 27 FischSeuchV). In Vierhöfen wurde ein Ausbruch der IHN in einem Aquakulturbetrieb amtlich festgestellt. Hierbei handelt es sich um eine nicht exotische Fischseuche.

Zur Bestimmung des Umfanges der Gebiete wurde für das Sperrgebiet ein Radius von ca. 5 km und für das Überwachungsgebiet ein Radius von ca. 10 km im Umkreis des Aquakulturbetriebes, in dem ein Ausbruch der IHN bestätigt werden konnte, gewählt. Die Ausdehnungen ergeben sich durch die mögliche Ausbreitung des Virus mit dem Wasser bzw. darin schwebenden Partikeln wie Fischkot und den Wanderbewegungen der Fische. Wobei stromaufwärts (entgegen der Fließrichtung) eine geringere Distanz angenommen werden kann, da dort nur die Fischbewegungen als relevant anzusehen sind. Da es sich hier um eine Fischseuche handelt, welche für Landtiere irrelevant ist, bleiben die Landflächen in den Radien zunächst unberücksichtigt. Allerdings besteht die Möglichkeit, dass die Fischseuche durch z.B. Prädatoren, wie z.B. Fischreiher oder Kormoran in angrenzende Gewässer bzw. Teiche ohne direkte Wasserverbindung zu den o.g. Gewässern, übertragen wird (z.B. über Anhaftungen an den Beinen oder dem Schnabel). Aus diesem Grund wurden auch angrenzende Land- und Gewässerflächen entsprechend der Darstellung auf der Karte in die Restriktionszonen aufgenommen.

Für das Sperrgebiet gilt § 21 Abs.1 Satz 2 und 3 FischSeuchV, für das Überwachungsgebiet § 21 Abs. 2 Satz 2 FischSeuchV auch für den Ausbruch nicht exotischer Seuchen entsprechend, § 27 Satz 2 FischSeuchV.

Nach § 21 Abs. 1 Satz 2 FischSeuchV sind die in dem Sperrgebiet gelegenen Betriebe nach näherer Anweisung der zuständigen Behörde auf die Seuche (hier IHN) zu untersuchen und unterliegen der behördlichen Beobachtung.

Für die Verbringung von Fischen aus Aquakultur aus einem im Sperrgebiet gelegenen Betrieb, ist eine Genehmigung der zuständigen Behörde erforderlich, § 21 Abs. 1 Satz 3 FischSeuchV.

Die zuständige Behörde kann in dem Überwachungsgebiet über die Untersuchungen nach § 7 Abs. 1 FischSeuchV hinaus zusätzliche Untersuchungen durchführen, § 21 Abs. 2 Satz 2 FischSeuchV.

Die zuständige Behörde trifft die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen, die zur Feststellung oder zur Ausräumung eines hinreichenden Verdachtes, eines Verstoßes oder zur Beseitigung festgestellter Verstöße oder zur Verhütung künftiger Verstöße erforderlich sind, § 24 Abs. 3 Tiergesundheitsgesetz. Zur effektiven Bekämpfung dieser Fischseuche ist es unerlässlich, dass alle Fischhaltungen in dem Sperr- und Überwachungsgebiet bekannt sind, um nötigenfalls weitere tierseuchenrechtliche Maßnahmen ergreifen zu können. Daher habe ich mich für die Anordnung der Anzeigepflicht aller Fischhaltungen entschieden. § 3 der FischSeuchV regelt, welche Betriebe genehmigungspflichtig sind. Aus § 6 FischSeuchV ergibt sich, welche Betriebe der Registrierungspflicht unterliegen.

Hinweis:

Das Sperr- und Überwachungsgebiet können erst dann aufgehoben werden, wenn alle Betriebe innerhalb des Sperrgebietes negativ auf IHN getestet wurden.

Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung:

Gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) wurde die sofortige Vollziehung der Maßnahme angeordnet. Eine Klage gegen diese Allgemeinverfügung hätte in diesem Fall keine aufschiebende Wirkung. Ein besonderes öffentliches Interesse ist hier gegeben, weil durch die Ausbreitung der IHN unter anderem die Gefahr von gesundheitlichen wie auch von wirtschaftlichen Folgen erheblich wäre und deshalb sofort zu unterbinden ist.

Der Schutz hoher Rechtsgüter erfordert ein Zurückstehen der Individualinteressen der Aquakulturbetreiber am Eintritt der aufschiebenden Wirkung infolge eines eingelegten Rechtsbehelfs. Das öffentliche Interesse an umgehenden Bekämpfungsmaßnahmen zum Schutz gegen eine Weiterverbreitung der Seuche überwiegt.

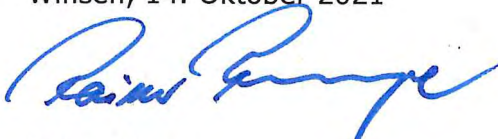
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Lüneburg, Adolph-Kolping-Straße 16, 21337 Lüneburg, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erheben.

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. I S. 3803). Weitere Informationen erhalten Sie auf der Seite www.justiz.de.

Auf Ihren Antrag kann das Verwaltungsgericht Lüneburg die aufschiebende Wirkung gemäß § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung ganz oder teilweise wiederherstellen.

Winsen, 14. Oktober 2021



Rainer Rempe
Landrat

Hinweise zu Ordnungswidrigkeiten:

Gemäß § 32 Abs. 2 Nr. 4 des Tiergesundheitsgesetzes handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Allgemeinverfügung zuwiderhandelt. Ordnungswidrigkeiten können mit einem der Schwere der Zuwiderhandlung angemessenen Bußgeld bis zu 30.000,00 Euro geahndet werden.

Weitere Hinweise:

Bei Fragen wenden Sie sich an die Abteilung Ordnung und Verbraucherschutz – Tierschutz/Tierseuchen unter der Telefonnummer 04171- 693 466 oder unter Tiergesundheit@LKHamburg.de.

Diese Allgemeinverfügung finden Sie unter www.Landkreis-Harburg.de